

Dem deutschen Grünenergie-Getöse geht der Wind aus

geschrieben von Larry Bell | 26. Oktober 2013

Es ist überhaupt nicht mehr wegzudiskutieren, dass die globale Temperatur während der letzten 16 Jahre, vielleicht auch schon ein wenig länger, auf dem gleichen Stand geblieben ist, trotz des steigenden CO₂-Anteils in der Atmosphäre. Das UNO-IPCC musste zugeben, dass seine Klimamodelle mit der Vorhersage einer drohenden globalen Erwärmungskrise grob übertrieben haben bei der Einschätzung der Reaktion des Klimas auf das Spuren-Treibhausgas Kohlendioxid.

Die unbegründete Alarmschlägerei hat eine teure und wirtschaftlich zerstörerische Anti-Fossile-Energie-Politik in den Vereinigten Staaten, Westeuropa, Australien und weiteren Weltregionen ganz erheblich beeinflusst. So bleibt die Frage, wie lange es dauern wird, bis die Mehrheit der Völker merkt, dass sie hinters Licht geführt wurde mit dem unbezahlbaren und wirkungslosen Anschub der „Grünen Energie“ wegen des Klimaschutzes.

Die politisierte Wissenschaft hat hohe Kosten verursacht

Dr. Fritz Vahrenholt, Sozialdemokrat und einer der Väter der deutschen Umweltschutzbewegung, hat sich zu einem der vielen harten Kritiker der IPCC-Zustandsberichte gewandelt.

Vahrenholt, der den Geschäftsbereich „Erneuerbare Energien“ beim zweitgrößten deutschen Energieversorger RWE geleitet hatte, erregte Aufsehen als Mitautor des Renners auf dem Buchmarkt *„Die Kalte Sonne“*, worin die IPCC-Kompetenz im Allgemeinen, und im Besonderen dessen grobschlächtige, mehr als doppelt so dicke Übertreibung der Wärmewirkung des CO₂ in Zweifel gezogen wird. Das Buch gibt es nun auch in englischer Übersetzung *„The Neglected Sun Precludes Catastrophe“*. Es ist zur Zeit der Bestseller bei Amazons Klimaliteratur.

Dr. Vahrenholts mangelndes Vertrauen in die Objektivität und Wahrhaftigkeit des IPCC geht bis 2011 zurück, als er Fachgutachter für den 2011er Bericht über Erneuerbare Energien war und zahlreiche Fehler entdeckte. Als er dies dem IPCC berichtete, haben die Offiziellen dort seine Einwände einfach weggebürstet. Darüber war er sehr erstaunt und fragte, *„ob das die Art ist, wie mit Klima-Sachstandsberichten umgegangen wird.“* Beim nachfolgenden, tiefer gehenden Studium der IPCC-Klimabibel musste er zu seinem Entsetzen erkennen, dass sein Verdacht berechtigt war.

Als ich Vahrenholt über seine Meinung zum jüngsten IPCC-Sachstandsbericht befragte und die Aussagen, dass die IPCC-

Wissenschaftler zu 95% sicher wären, es sei der Mensch, der für die (nicht eingetretene) Erwärmung verantwortlich wäre, sprach er folgende Empfehlung aus: *“Wenn das Wirken von Mutter Natur nicht so will wie das IPCC mit seinen verbogenen Berechnungen, dann sollte man der Mutter glauben.”* – Ganz meine Meinung!

Fritz Vahrenholt sieht große Gefahren für Deutschland, wenn das Land so mit seiner auf der Klima-Alarmschlägerei beruhenden Energiepolitik weitermacht. Die Verbraucher müssen dafür bereits jetzt jährlich 20 Milliarden Euro bezahlen. Nächstes Jahr wird es auf 300 Euro hoch gehen. Vahrenholt: *“An windreichen Tagen gibt es so viel Strom, dass die Windparks abgestellt werden müssen, doch sie erhalten trotzdem Geld für Strom, den sie nicht liefern. Und wenn der Wind weht, verkaufen wir überschüssigen Strom an unsere Nachbarländer zu negativen Preisen. Wenn dann der Wind nicht mehr bläst und keine Sonne scheint, müssen wir Strom vom Ausland einkaufen. Unter dem Strich bezahlen wir mit dem Verlust von hochbezahlten Industrie-Arbeitsplätzen, weil der hohe Strompreis unsere Wettbewerbsfähigkeit kaputt macht.”*

Dr. Vahrenholt schließt: *“Die Agitatoren aus der Klimawissenschaft hier im Lande haben uns keinen Gefallen erwiesen. Erneuerbare Energien haben eine große Zukunft, aber nicht so. Der Zug ist abgefahren und er ist viel zu teuer. Wir riskieren Deutschlands Industrien.*

Die Lage in der Energiepolitik wird vermutlich schlimmer, nachdem die CDU von Kanzlerin Angela Merkel wiedergewählt worden ist. Man plant, das Land immer mehr von den fossilen Brennstoffen und von der Kernkraft wegzubringen. Der populäre Sieg wird als eine Niederlage derjenigen betrachtet, die darauf hinweisen, dass die Kanzlerin zu stark auf die teuren „sauberen Energien“ setzt.

Wie Fritz Vahrenholt sagte, erzeugt diese Abkehr von den „Fossilen“ auf die „Erneuerbaren“ einen Rundumschlag an Subventionen: *“Während die Erneuerbaren die fossilen Brennstoffe verdrängen, verlieren immer mehr Gas- und Kohlebefeuerte Kraftwerke ihre Profitabilität, weil die Betriebszeiten zurückgestutzt werden. Deswegen wollen die Energieversorger Zehntausend Megawatt an fossiler Kraftwerkskapazität schließen, aber nachts und im Winter werden die gebraucht, wenn keine Sonne scheint oder kein Wind weht. Also sollen die Gas- und Kohlekraftwerke subventioniert werden. Sie würden für eine Null-Leistung bezahlt, nur weil sie bereit stehen. Aus all dem kann man lernen, dass man den Markt mit Fördermaßnahmen kaputt macht, dass man immer mehr Fördergelder braucht, um den Zusammenbruch des Systems zu verhindern.”*

Die deutschen Haushalte zahlen inzwischen die zweithöchsten Strompreise in Europa, 30% mehr als die übrigen Europäer. Nur die Dänen zahlen noch mehr, beide Länder zusammen bezahlen rund 300% mehr für ihren Strom zu Hause als die Amerikaner. Etwas über 12% des deutschen Stroms kommt von Wind- (7.8%) und Sonnenenergie (4.5%). Die Biomasse liefert 7%, Wasser 4%. Wegen der Regierungspläne zur Steigerung des Anteils der "Erneuerbaren" auf 35% bis 2020, und auf 80% bis 2050, muss das meiste vom Wind und von der Sonne kommen, weil "Biomasse" und "Wasser" nicht mehr hergeben können.

Doch trotz riesiger Investitionen erzeugt der Wind in Deutschland nur rund ein Fünftel seiner gesamten installierten Leistung. Eine Ironie ist, dass nach dem Abschalten eigener Kernkraftwerke nach dem Atomunfall in Japan Kernenergie aus Frankreich und Tschechien importiert werden muss.

Als Reaktion auf diesen Mangel wurde die Hoffnung auf den Offshore-Wind gesetzt, der auf See beständiger bläst als landeinwärts, aber auch viel teurer ist wegen der viel höheren Kosten für Bau, Unterhalt und die Energieübertragung. Noch werden ein halbes Dutzend Windparks in der Nordsee gebaut, aber es gibt keine weiteren Verträge. „Der Markt ist zusammengebrochen,“ sagte Ronney Meyer, geschäftsführender Direktor der Windenergie Agentur (EWE) mit Sitz in Bremerhaven. Die EWE-Entwicklungsfirma RIFFGAT plant keine Investitionen mehr in weitere Offshore-Windturbinen, wie gemeldet wurde.

Dänemark, das angeblich zwischen 20-30 Prozent seines Stromes aus Wind und Sonne produziert (die Schätzungen variieren), hofft auf 50 Prozent aus diesen Quellen bis 2020. Wieso "angeblich"? Weil es einen großen Unterschied macht zwischen der Gesamtmenge an erzeugbarem Strom und der Menge, die dann zur Verfügung stehen muss, wenn der Strom gebraucht wird. Zur Verdeutlichung: In einer Studie von 2009 der dänischen Analysefirma CEPoS wurde herausgefunden, dass der Wind zwar 19% der Stromerzeugung des Landes abdeckte, aber über einen Zeitraum von fünf Jahren im Durchschnitt nur 9.7% des Bedarfs lieferte, 2006 schließlich nur kümmerliche 5%.

Dänemark kann den zur Nachtzeit erzeugten Strom nicht verbrauchen und exportiert etwa die Hälfte der überschießenden Menge nach Norwegen und Schweden, wo Wasserkraftwerke zu und abgeschaltet werden können, um die Netze zu stabilisieren. Dennoch zahlen trotz dieser Exporte die dänischen Verbraucher wegen der von der Regierung verordneten Umlagen die höchsten Strompreise in Europa.

Im Jahre 2011 betrug die Ausbeute der Windturbinen in England etwa 21% der installierten Leistung (nicht auf die bedarfsorientierte Nachfrage bezogen) während günstiger Wetterbedingungen. Wenn es bitterkalt im Winter ist, kann die Erzeugung sehr minimal werden, weil die Turbinen wegen Kälte und Starkwind abgeschaltet werden müssen, um Schäden zu vermeiden. Wie auch in Deutschland führte die Unzuverlässigkeit der

Bedarfsdeckung zu Strom-Importen aus Kernkraftwerken in Frankreich. Und ebenso wie in Deutschland schließt die Regierung einige ältere Kohlekraftwerke, von denen jedes einzelne allein beinahe die doppelte Menge Strom produzieren kann im Vergleich zur Gesamtmenge der 3000 Windturbinen Englands.

Wenn die europäische Liebesaffäre mit der immer stärker werdenden Abstützung auf die "Erneuerbaren" nicht allein durch schmerzhaft hohe Stromkosten belastet wird, dann kommen noch die Gefahren durch Stromausfälle auf die Verbraucher zu. Zeitgleich mit den Millionen von Verbrauchern, die ihre Lichter und ihre Geräte an- und ausschalten, müssen die Stromerzeuger und die Netzbetreiber den Bedarf decken und sicherstellen, dass der Strom mit der richtigen Frequenz durch die Netze fließt, um Schwankungen, teilweise und vollständige Ausfälle zu verhindern.

Das ist nur ein kleines Problem, wenn es verlässliche Reservekapazitäten gibt, wie z. B. Wasserkraftwerke, Kohle- und Kernkraftwerke, um die Grundlast abzudecken. Unglücklicherweise fehlt es daran im größten Teil von Europa, noch dazu wird diese Kapazität absichtlich vermindert. In dem Maße, wie immer mehr auf schwankende Versorgung, wie "Wind" und "Solar", gesetzt wird, steigen die Probleme der Bedarfsdeckung.

Die deutsche Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft warnte davor, dass der Anstieg der "Erneuerbaren" die Netze immer mehr verstopft und die Gewinne der großen Kraftwerke wegfrisst.

Der Präsident des E.U.-Network of Transmission System Operators, Daniel Dobbeni, machte auf dieses Problem in einer Note vom 17. April 2012 an den EU-Kommissar Günter Oettinger aufmerksam. Er schrieb, dass die Netzbetreiber

"sehr besorgt sind wegen der Unterschiede in der Geschwindigkeit, mit der sehr große Kapazitäten an Erneuerbaren entstehen und der rechtzeitigen Realisierung der Investitionen in die Netze, die nötig sind, um die Zunahme der Stromflüsse zu bewältigen, die durch die neuen Erzeuger entstehen."

Die Politiker begreifen allmählich.

Pläne für Kappungsgrenzen für Strompreise, wie vom [noch] Wirtschaftsminister Philipp Rösler empfohlen und [noch] Umweltminister Peter Altmaier ließen die Windinvestoren schon mal zittern. Es könnte für die Windpark-Betreiber zum Absenken bereits garantierter Einspeisetarife kommen, um zu verhindern, dass die Verbraucherpreise noch höher in den Himmel steigen.

Auf einer Energie-Konferenz am 12. Juni in Berlin, forderte Kanzlerin Angela Merkel sogar ein Zurückdrehen der Umlagen für die Erneuerbaren, um die sich weiter hochschaukelnden Kosten zu begrenzen, die sich

bereits auf etwa 27 Milliarden Euro pro Jahr belaufen. Die Kanzlerin meinte,

“Wenn die Umlage für die Erneuerbaren weiter so steigt, wie in den vergangenen Jahren, werden wir ein Problem mit der Energieversorgung bekommen.”

In Australien sind die Zeichen für einen konstruktiven Wandel viel deutlicher. Im September hat ein neuer Premierminister, Tony Abbott von der Mitte-Rechts-Liberalen Partei, die seit sechs Jahren von den “Grünen” unterstützte Labor Party besiegt. Die Wahl wurde in der Öffentlichkeit als eine Volksabstimmung zur Abschaffung und Beseitigung der Unmenge von Anti-Kohlenstoff- und Klimawandel-Bekämpfungs-Absichten der abgewählten Regierung betrachtet. Deren Bürokratie-Maschine bearbeitete über 30 Programme verteilt auf sieben Ministerien und acht Bundesbehörden.

Eine CO₂-Steuer wurde in weiten Kreisen als ein großer Schadensfaktor für Rekordpleiten in der Wirtschaft und für himmelwärts kletternde Kosten gehalten, auch für die Lebenshaltung. Mitch Hooke, Chef beim Minerals Council of Australia sagte, dass dies die Wirtschaft über AUD\$100 Millionen kosten würde. Er sagte auch, dass eine 30% Steuer von der Labor Party auf die Bergbau-Erlöse eine zusätzliche unerträgliche Last darstellte, besonders für die Kohleförderung, die zu Abstrichen bei Vorhaben und zum Verlust von Arbeitsplätzen führen würde.

Was heisst das für Amerika?

Wie Benjamin Cole, Sprecher der American Energy Alliance, formulierte: *“Das Ergebnis der [australischen] Wahl muss eine lehrreiche Lektion für die amerikanische Legislative sein, die noch nicht verstanden hat, was die wirtschaftlichen Konsequenzen einer CO₂-Steuer bedeuten”*. Er warnt, dass *“angesichts des Ergebnisses der australischen Wahl alle US-Politiker, die das fehlgeschlagene Experiment in der US-Wirtschaft wiederholen möchten, dies auf eigene Gefahr tun werden.”*

Dank des Naturgases, der Kohle und der Kernkraft haben die USA anders als Europa im Überfluß Energieerzeugungskapazität und angemessene Übertragungs- und Verteilsysteme. Aber in dem Maße, wie die älteren Kernkraftwerke abgeschaltet werden und neue Regulierungen von seiten der Environmental Protection Administration die Kohlekraftwerke abschaffen, gleichen sich einige Bundesstaaten, wie z.B. das auf immer mehr „Erneuerbare“ setzende Kalifornien, mehr an Europa an, als man möchte.

Den Zahlen der EIA von 2012 EIA zufolge wurden etwas mehr als 42% des amerikanischen Stroms aus Kohle erzeugt, 25 % aus Naturgas, 19 % aus Kernkraft, etwa 3.4% aus Wind- und etwa 0.11% aus Sonnenenergie. Seit 2009 hat der amerikanische Steuerzahler 14 Milliarden Dollar an Solar-, Wind- und weitere „Erneuerbare Energie-Entwickler“ berappt. Darin

enthalten sind \$9,2 Milliarden an 748 kleine bis große Windenergie-Projekte und \$2,7 Milliarden für mehr als 44.000 Solarprojekte. Erzeugt wurden damit insgesamt 48 Terawattstunden Strom.

Wie in Europe hätte die amerikanische Wind- und Solarenergie ohne diese Hilfe nicht überlebt, sie würde sehr wahrscheinlich auch nicht in der Zukunft überleben. Im Dezember 2010 hat das *Wall Street Journal* gemeldet, dass Dennis Bode, Chef der American Wind Energy Association CEO, warnte, dass ohne eine Ausweitung des Bundesunterstützungsprogramms Nr. 1603 zur Sicherung von Investitionskrediten die Wind-Industrie nur noch geradeaus fahren könnte, bzw. nach unten ginge.

Das waren keine kleinen Investitionen. Seit dem 1. Januar hat das Department of Energy der Obama-Regierung über \$1,2 Milliarden an 435 neue Erneuerbare Energieprojekte verschenkt, darin 381 Solarprojekte. Darüberhinaus will das Energieministerium Pläne für weitere \$150 Millionen für mehr „Erneuerbare“-Projekte durchdrücken, das Geld ist aus einem separaten 48C-Anreizprogramm für die Erzielung höherer Steuereinnahmen übrig geblieben.

Im Juni hat Präsident Obama eine neue starke nationale Initiative für weitere \$10 Milliarden für Unterstützungszahlungen für Solar-, Wind- und Bio-Energie-Projekte losgetreten. Doch einer zweijährigen Studie des National Research Council zufolge sind solche Hilfszahlungen völlig nutzlos zur Unterdrückung von Treibhausgasen. Bisher wurde nichts damit erreicht, und damit wird auch nichts erreicht bis zum Jahre 2035, dem Termin, bis zu dem die Studie reicht.

Wenn es eine Hauptlehre aus dem Europäischen Debakel gibt, dann diese: Wind-, Solar- und andere sogenannte „Alternativen“ sind in keinerlei Hinsicht glaubwürdige Alternativen. Damit soll nichts gegen spezielle Fälle und Örtlichkeiten gesagt werden, wo sie berechnete begrenzte Nischen im nationalen Energie-Mix haben. Aber egal wieviel Geld ausgegeben wird, um Wind und Sonnenstrahlen einzufangen, das Klima wird sich weiter nach den Gesetzen von Mutter Natur richten, wie es das schon viele Millionen Jahre getan hat, bevor wir Menschen überhaupt auf der Bühne erschienen.

Original hier

Übersetzung: Helmut Jäger, EIKE